

Antrag 109/I/2025**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Abschreiben verboten (- Begünstigung von Leerstand beenden)**

1 Die Mitglieder der Bundestagsfraktion der SPD im Deut-
 2 schen Bundestag werden aufgefordert einen Gesetzent-
 3 wurf einbringen, mit dem die Möglichkeit der Abschrei-
 4 bung von Gebäuden bzw. von Aufwendungen für Gebäu-
 5 de, die länger als zwei Jahren leer stehen (insbesondere
 6 nicht vermietet wurden) ausgeschlossen ist.

Begründung

9 In vielen deutschen Großstädten – so auch in Berlin –
 10 stehen Wohn- und Gewerbegebäude leer, weil die Eigen-
 11 tümer nicht die erhofften Mietzinsen realisieren können.
 12 Deshalb lohnt es sich für die Eigentümer häufig, einen Teil
 13 ihrer Gebäude leer stehen zu lassen und Investitionen so-
 14 wie Abnutzungen abzuschreiben, um so den Gewinn und
 15 schließlich die Steuerlast zu reduzieren. Damit werden
 16 Staat und Gesellschaft (außer bei sinnvollen und nötigen
 17 Investitionen) doppelt geschädigt. Zum einen steht der
 18 Wohn- oder Gewerberaum nicht bzw. nicht für einen an-
 19 gemessenen Mietzins zur Verfügung, zum anderen entge-
 20 hen dem Fiskus Steuereinnahmen. Daher soll die entspre-
 21 chende Regelung in § 7 Einkommenssteuergesetz (EStG)
 22 geändert werden. Eine Regelungsmöglichkeit wäre in § 7
 23 Absatz 4 EStG die folgenden beiden Sätze den jetzigen
 24 Sätzen 1 bis 3 voranzustellen:

- 7 EStG

26 „(4) 1Handelt es sich beim Wirtschaftsgut um ein Gebäu-
 27 de, so darf eine Abschreibung im Falle eines Leerstands von
 28 länger als zwei Jahren nicht mehr bzw. erst dann wieder
 29 erfolgen oder fortgeschrieben werden, wenn das Gebäude
 30 wieder - und mindestens zwei weitere Jahre - genutzt wird.
 31 2In begründeten Ausnahmefällen (insbesondere bei auf-
 32 wendigen Baumaßnahmen) kann die Finanzbehörde auf
 33 Antrag bescheiden, dass die Abschreibungsmöglichkeit bei
 34 Leerstand des Gebäudes um bis zu zwei zusätzlichen Jahren
 35 verlängert wird. [...]“

36